

Pressemitteilung



Pressestelle

Mittwoch, 8. Oktober 2025

Kreishaushalt 2026:

Starker Einbruch der Erträge - Aufwendungen bleiben stabil

Landrat Dr. Bednarz: "Positiv bleiben und eigene Möglichkeiten selbstbewusst ausschöpfen"

Am Mittwoch, 8. Oktober 2025 stellte die Verwaltung des Landkreises Tübingen den Haushaltsplan für das Jahr 2026 vor und brachte ihn zur Beratung in den Kreistag ein. Die Kreisrätinnen und Kreisräte haben nun in den kommenden Wochen Zeit, sich detailliert mit dem Zahlenwerk auseinanderzusetzen und Änderungsanträge einzubringen. Die planmäßige Verabschiedung des Kreishaushalts ist für Mittwoch, 10. Dezember 2025 vorgesehen.

Für Landrat Dr. Hendrik Bednarz kann sich der Haushaltsplanentwurf „durchaus sehen lassen“. Die Aufwendungen blieben auf dem Niveau des Vorjahres. „Allerdings müssen wir mit dramatisch geringeren Erträgen planen. Vor diesem Hintergrund müssen wir das Aufkommen der Kreisumlage um rund 24,4 Millionen Euro erhöhen, was einem Hebesatz von 36,4 Prozent und damit einer Steigerung um rund 3,87 Punkte entspricht“. Man dürfe trotzdem nicht nur die negativen Entwicklungen sehen. „Wir können auf tatkräftige Menschen im Landkreis und in der Verwaltung vertrauen, die in den letzten Jahren Krisen und Probleme hervorragend gemeistert haben“. Das mache Mut, die kommenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen, so Bednarz.

Den größten Ausgabenblock im Kreishaushalt bildeten die Transferaufwendungen – und hier insbesondere die Sozialleistungen. „Hier sollten wir das Prinzip „Fördern und Fordern“ verfolgen, so Bednarz, „Bedürftige sollen so schnell wie möglich so unabhängig wie möglich von staatlichen Leistungen werden.“ Dieses Ziel verfolge die Kreisverwaltung beispielsweise in der Eingliederungs- oder in der Jugendhilfe.

„Hilfe zur Selbsthilfe heißt das Zauberwort“, so Bednarz. Dies gelte auch für die Verwaltung, für die der Landrat einen umfassenden Modernisierungsprozess anstoßen möchte: „Durch Prüfung von Abläufen in den Abteilungen möchte ich Aufgaben und

Prozesse identifizieren, die einfacher, schneller oder womöglich gar nicht mehr erledigt werden sollen. Ziel ist es, die Effektivität und Effizienz unseres Verwaltungshandelns zu verbessern.“

Die Verwaltung beantrage vor diesem Hintergrund auch keine neuen Personalstellen für 2026. Darüber hinaus würden 14 befristete Stellen nicht verlängert. Dabei gehe es ihm nicht um einfache Einsparungen im Personalbereich durch Nichtbesetzung von Stellen, sondern „um einen zielgerichteten, wirtschaftlichen Einsatz von geeignetem Personal in den wesentlichen Aufgabenbereichen der Landkreisverwaltung“, so Bednarz.

An Bund und Land formuliert Landrat Dr. Bednarz die klare Erwartungshaltung, dass sich hier „niemand aus der Verantwortung stehlen dürfe“. Es sei ein „Unding, dass wir um jeden Euro feilschen müssen, als wären wir die Bittsteller – und nicht diejenigen, die die Karre ziehen.“

Schwerpunkte des Haushalts

Der Ergebnishaushalt umfasst laut der aktuellen Planung Aufwendungen in Höhe von 384 Millionen Euro – was der Höhe an Aufwendungen im Jahr 2025 entspricht. „Trotz allgemeiner Kostensteigerungen durch Inflation, höhere Fallzahlen, Lohnkostensteigerungen etc. haben wir hier keine Steigerungen eingeplant“, betont Dr. Hendrik Bednarz. Auch die im Rahmen des dreijährigen Bewilligungszeitraums für 2026 bereits beschlossenen Freiwilligkeitsleistungen seien hierin bereits enthalten. Die geplanten Personalaufwendungen liegen mit rund 58,2 Millionen Euro um 4,8 Millionen Euro niedriger als im Planansatz für 2025. Hingegen steigen die Planansätze im Bereich der sozialen Leistungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 5,5 Millionen Euro auf 158,5 Millionen Euro an. „Gravierend ist hier die Entwicklung bei den Erträgen“, so Bednarz. Zurückzuführen sei dies vor allem auf die fehlende Erstattung des Landes für die Mehraufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Anstatt der in diesem Jahr eingeplanten 11,6 Mio. € muss die Kreisverwaltung im kommenden Jahr mit lediglich circa 4,2 Millionen Euro auskommen. Im Bereich der Jugendhilfe rechnet die Kreisverwaltung mit einer Aufwandssteigerung um rund 2 Millionen Euro auf 68 Millionen Euro. „Dagegen sind die geplanten Erträge in der Jugendhilfe um rund 3,7 Prozent niedriger als im Vorjahr“, stellt der Landrat fest.

Im Bereich der Versorgung, Integration und Unterbringung von Geflüchteten müsse man sich mit Blick auf die derzeit verstärkten brutalen russischen Dauerangriffe auf die Ukraine auf höhere Zugangszahlen einstellen, so Bednarz. Man müsse abwarten, wie sich in

diesem Zusammenhang die angekündigte Rücknahme des Rechtskreiswechsels und die Reform des Spitzabrechnungsverfahrens in Baden-Württemberg auswirken werde.

Im investiven Bereich – welcher sich im sogenannten Finanzhaushalt abbildet – sind Gesamtausgaben in Höhe von rund 14,9 Millionen Euro für Investitionen und rund 3,8 Millionen Euro für Kredittilgungen eingeplant. „Wir werden kaum neue Investitionen angehen, vielmehr begonnene Vorhaben abschließen und abfinanzieren“, betont Dr. Bednarz. Dies betreffe insbesondere die beiden großen Maßnahmen an den Beruflichen Schulen – die Fertigstellung des Campusgebäudes in Derendingen sowie den kürzlich in Betrieb genommenen Erweiterungsbau an der Beruflichen Schule in Rottenburg.